

FreiBrief aus Berlin

9/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

die politische Sommerpause in Berlin habe ich vor allem auch genutzt, um in meinem Wahlkreis präsent zu sein. In zahlreichen Gesprächen im Schwarzwald-Baar-Kreis und im Oberen Kinzigtal konnte ich erfahren, wo der Schuh drückt. Die dominierenden Themen sind nach wie vor die Flüchtlingsherausforderung und die Stabilität der Eurozone. Ich bin begeistert, für wie viele Menschen es selbstverständlich ist, die Asylbewerber vor Ort ehrenamtlich zu unterstützen. Unverändert bin ich der Meinung, dass wir den wirklich hilfsbedürftigen Flüchtlingen mit aller Kraft helfen müssen, sich bei uns wohlfühlen und zu integrieren. Die gesamtgesellschaftliche Herausforderung werden wir meistern.

In der nächsten und in den folgenden Wochen werden wir den Bundeshaushalt in den verschiedenen Gremien beraten. Ich bin stolz darauf, dass wir seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Dadurch leisten wir den besten Beitrag für die Zukunft unserer Kinder. Auch in den kommenden Wochen möchte ich mit vielen Menschen ins Gespräch kommen. Die beste Politik entsteht in der Kommunikation: Ich freue mich auf unsere Begegnung.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Panik vor Wettbewerb und Abkehr von festen Arbeitgeberbeiträgen sind nicht angebracht</i>	7
<i>Zwang und Festhalten an gestrigten Arbeitsmodellen gefährden unsere Wettbewerbsfähigkeit</i>	7
<i>Laufen für einen guten Zweck</i>	7

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Drittes Griechenland-Paket verabschiedet

Eine weitere Unterbrechung der Sommerpause brachte die Abstimmung über die neue Vereinbarung von Hilfen der Euro-Partner für Griechenland mit sich. Ich habe dem neu verhandelten Reformpaket für Griechenland und damit der Euro-Politik unserer Bundeskanzlerin zugestimmt. Das nun vorgelegte Verhandlungsergebnis ist in seiner Schärfe und Genauigkeit neu und geht weit über die bisher an Athen gestellten Anforderungen hinaus. Es zeigt, dass die Euro-Partner in den vergangenen Jahren dazugelernt haben. Gleichzeitig ist es auch Ergebnis der konsequenten deutschen Verhandlungsführung von Finanzminister Wolfgang Schäuble und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aufgrund der bisher noch ausstehenden Beteiligung des IWF und der nicht abschließend glaubwürdig vermittelbaren Schuldentragfähigkeit Griechenlands bin ich jedoch unverändert skeptisch. Darüber hinaus wiegt auch der Vertrauensverlust der Regierung von Alexis Tsipras aufgrund des Zick-Zack-Kurses der letzten Monate äußerst schwer. Und die jahrelang verschleppten Reformen der Vorgängerregierungen sowie die bestehenden griechischen Strukturprobleme sind so gravierend, dass eine Rettung im Moment nur schwer vorstellbar erscheint.

Enge Überwachung des Geldflusses nötig, neue Mittel nur gegen Reformfortschritte

Dennoch muss man bei aller Skepsis die zügigen Fortschritte der letzten Wochen sowie die geostrategischen bzw. politischen Überlegungen immer auch im Hinterkopf behalten. Was den Reformeifer der Verantwortlichen in Athen angeht, bleibt abzuwarten – gerade auch vor dem Hintergrund der anstehenden Neuwahlen und dem im Moment ungewissen Ausgang für Alexis Tsipras. Daher muss das Programm eng und konsequent überwacht werden. Die Auszahlung einzelner Tranchen muss ganz eng an die Erfüllung von Zusagen gekoppelt werden. Immerhin gibt es aber erste Lichtblicke. Ich denke bspw. an den zügig beschlossenen

Verkauf von 14 Regionalflughäfen an die deutsche Fraport, der ein wichtiger Schritt in Richtung der notwendigen Privatisierung von Staatseigentum ist. Ich habe mein Abstimmungsverhalten lange und reiflich überlegt. Am Ende haben für mich die Vorteile weiterer Hilfen die Nachteile noch immer überwogen.

Flüchtlingspolitik als gesellschaftliche Mega-Herausforderung

Der Themenkomplex der Flüchtlingspolitik hat sich innerhalb kürzester Zeit zur größten Herausforderung in Deutschland und der EU entwickelt. Die vielschichtigen Bilder sind in den Medien und den Köpfen der Menschen omnipräsent. An erster Stelle stehen die beschämenden Bilder von brennenden Asylbewerberunterkünften. Diese schrecklichen Bilder kennen wir nicht nur aus dem sächsischen Heidenau, sondern auch aus Baden-Württemberg. Zum Glück sind sie nicht der Normalzustand. Die ganz große Masse unserer Gesellschaft steht den Flüchtlingen sehr offen und hilfsbereit gegenüber. Ohne das große ehrenamtliche Engagement vieler tausender Bürger wäre heute schon in vielen Kommunen die Lage nicht mehr beherrschbar.

Mehr Solidarität und einheitliche Regeln in der EU nötig

Damit uns das Ruder der weiter wachsenden Herausforderung nicht entgleitet, kommt es für mich jetzt darauf an, dass wir alle Ebenen – von der Kommune bis zur EU – in diesen Prozess einbinden und eine entsprechende Lastenverteilung einfordern. Das gilt ganz besonders für unsere europäischen Partner, die sich zum Teil vollständig wegducken und ihren Verpflichtungen überhaupt nicht nachkommen. Es kann nicht sein, dass einige von ihnen sogar Prämien an Flüchtlinge auszahlen, wenn sie weiter nach Deutschland reisen. Wir müssen gemeinsame Regeln zum Umgang mit den Flüchtlingen vereinbaren und diese auch restriktiv anwenden. Ganz besonders wichtig ist, dass wir die Rahmenbedingungen für die Kommunen so gestalten, dass sie wieder mehr

Luft zum Atmen bekommen. Als Teil der Lösung hat das Bundeskabinett in der letzten Woche beschlossen, dass sich der Bund strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Flüchtlingskosten beteiligt. Auch Kanzlerin Merkel hat in ihrer Sommerpressekonferenz weitere Hilfen zugesagt. Darüber hinaus werden wir bereits im September die Anforderungen an das Bau- und Brandschutzrecht lockern, so dass die Kommunen auch dadurch mehr Luft zum Atmen haben werden.

Hilfe für diejenigen, die unserer Hilfe bedürfen

Insgesamt bin ich der Meinung, dass wir uns bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskussion um Zuwanderung und Asyl weniger an den Hoffnungen und Erwartungen derjenigen orientieren sollten, die zu uns kommen wollen, sondern an unserem zugegebenermaßen wachsendem Bedarf und ganz selbstverständlich auch an unseren Werten und Normen. Wir müssen die Menschen, die zu uns kommen - egal aus welchen Beweggründen - in die Pflicht nehmen. Es darf nicht sein, dass die gesellschaftliche Ordnung - egal von wem verursacht - aus den Fugen geraten könnte. Wer zu uns kommt und unter das Asylrecht fällt, dem helfen wir ohne Wenn und Aber. Allen anderen aber müssen wir auch sagen, dass sie nicht bei uns bleiben können. Deshalb müssen wir die Menschen, denen keine Zuflucht im Sinne unseres Asylrechts zusteht, schnell wieder in ihre Heimatländer zurückführen. Für mich ist inakzeptabel, dass knapp die Hälfte aller Anträge auf Asyl vom Balkan kommt, obwohl sie eigentlich keine Chance auf Erfolg haben. Damit dies gelingt, müssen wir die Prüfprozesse deutlich verkürzen und sämtliche EU-Kandidaten des westlichen Balkans als sichere Herkunftsstaaten anerkennen. Ebenso wichtig ist es, Rückführungsbescheide restriktiver durchzusetzen. Darüber hinaus sollten Asylbewerber erst nach Abschluss des Asylantragsverfahrens auf die Kommunen verteilt werden.

Im Moment ist Deutschland zu attraktiv

Unabhängig davon ist Deutschland im Moment für Flüchtlinge insgesamt zu attraktiv. Deshalb gilt es die sog. Pull-Faktoren zu reduzieren und die Leistungen auf das zwingend Notwendige zu reduzieren. Das ist schließlich der Grund, warum 43% der Asylanträge in Europa in Deutschland gestellt werden. Da bedarf es nicht nur des Rufes nach der EU. Da sind wir zunächst einmal selbst gefordert! Deshalb prüfen wir, inwiefern Geldmittel in Sachleistungen umgewandelt oder gar gekürzt werden können. Außerdem werden wir die Regeln dahingehend ändern, dass Barmittel nicht mehr für mehrere Monate im Voraus ausgezahlt werden. Den Menschen, denen wir Asyl gewähren, müssen wir möglichst schnell eine dauerhafte Bleibeperspektive anbieten. Das betrifft zunächst einen schnellen Bleibetitel und das Angebot zum Erlernen der Sprache. Danach muss sich aus zweierlei Gründen schnell der Weg in Arbeit anschließen. Erstens: Über die Arbeit und die Kollegen gelingt echte Integration am einfachsten und schnellsten. Zweitens: Arbeit sorgt dafür, dass Betroffene schnell selbst für sich sorgen und somit unsere Sozialsysteme nicht über Gebühr belasten.

Dauerhafte Massenalimentierung nicht finanzierbar

Insgesamt haben wir bereits heute einen effektiven Instrumentenkasten. Dieser muss lediglich konsequent und schnell eingesetzt werden. Dazu bedarf es ggf. an der einen oder anderen Stelle, dass das Personal zur Durchsetzung aufgestockt wird. Das Rad in Form neuer gesetzlicher Regelungen müssen wir nicht neu erfinden. Um es klar zu sagen, eine mit einem Einwanderungsgesetz verbundene und wie von den linken Parteien geforderte bedingungslose Zunahme der Einwanderung gering qualifizierter Menschen, lehne ich ab. Wir können nicht die Probleme dieser Welt im Alleingang lösen. Deutschland wäre damit überfordert, jährlich mehrere Hunderttausend Flüchtlinge aufzunehmen und diese auf Dauer zu alimentieren.

Qualifizierte Zuwanderung nötig

Es kommt in der gegenwärtigen Situation aber sehr wohl darauf an, insgesamt eine bessere Willkommenskultur innerhalb unserer Gesellschaft zu entwickeln. Wir müssen den Menschen vermitteln, dass wir auf massive Zuwanderung angewiesen sind. Im Moment sprechen wir von einer Zuzugsnotwendigkeit mit dauerhaften Verbleib von etwa 450.000 Zuwanderern, um aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten unseren hohen Sozialstandard und die innovative Wirtschaftskraft erhalten zu können. Allerdings betrifft dies vor allem gut qualifizierte Menschen. Hier muss die Steuerung durch den Staat noch erheblich effizienter werden.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Seniorenachmittag der CDU Donaueschingen

Im mit etwa 60 Gästen sehr gut besuchten Mariensaal veranstaltete der CDU-Stadtverband seinen jährlich stattfindenden Seniorenachmittag in den Sommerferien. Stadtverbandsvorsitzender Martin Lienhard begrüßte die gutgelaunten Bürgerinnen und Bürger ab 65 bei Kaffee und Kuchen. Auch in diesem Jahr habe ich gerne die Senioren der Stadt besucht, um in einer kurzen Ansprache die interessierten Zuhörer über aktuelle politische Entwicklungen in Europa, der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und auch unmittelbar vor Ort im Schwarzwald-Baar-Kreis auf dem Laufenden zu halten. Dabei erinnerte ich an die aktuell sehr komfortable Finanzlage in Bund und Ländern und den dritten ausgeglichenen Haushalt in Folge. Gleichzeitig betonte ich, dass es für unsere Region besonders darauf ankomme, die richtigen Weichen zu stellen, um den ländlichen Raum zu stärken und langfristig zukunftsfest aufzustellen. Als Beispiele führte ich das Versorgungsstärkungsgesetz für eine Stärkung der ambulanten und auch der stationären Versorgung auch in weniger dicht besiedelten Gebieten und auch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als die Lebensadern der Region an. Auch zum Thema Griechenland und den zunehmenden Flüchtlingsströmen nahm ich

ausführlich Stellung. Für mich sind beides Herausforderungen, mit denen wir umgehen müssen. Die einzelnen Tranchen des mittlerweile vereinbarten dritten Hilfspakets für Griechenland müssen an klare Bedingungen geknüpft und reformorientiert gestaltet werden. Schließlich muss am Ende immer noch die Feststellung möglich sein, dass eine Restrukturierung der griechischen Schulden außerhalb des Euro besser gelingen könne. Deshalb ist für mich ein "Grexit" nicht generell vom Tisch. Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik ist es darüber hinaus wichtig, die Kommunen bestmöglich bei ihren hoheitlichen Aufgaben zu unterstützen, Asylsuchende zeitnah in Schule, Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren und die große Zahl der chancenlosen Wirtschaftsflüchtlinge schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückzuführen.



Abendtermin bei der Mittelstandsvereinigung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) lud alle interessierten Mitglieder in den historischen Keller der Fürstlich Fürstenbergischen Kammer in Donaueschingen zu einer Diskussionsrunde in entspannter Atmosphäre. Der Einladung folgten der Europaabgeordnete Dr. Andreas Schwab, der Landtagsabgeordnete Karl Rombach, der Guido Wolf als Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Tuttlingen-Donaueschingen vertrat, und ich als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der Region. Zu Beginn skizzierten wir die drängendsten Themen aus den Bereichen der Mittelstands-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit dem Blick aus unseren Kernarbeitsbereichen in den jeweiligen Parlamenten. Ich machte deutlich, dass die hervorragende gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands mit ausgeglichenen Haushalten seit 2014, Rekordsteuereinnahmen und einem

Höchststand an Erwerbstätigen auf eine solide und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zurück zu führen ist. Gleichzeitig sprach ich mich für die Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards aus, denn nur so kann der Freiheitsraum des Einzelnen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gewahrt und erweitert werden. Kontraproduktiv erachte ich in diesem Sinne den Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, die beide auf Wunsch und Druck der SPD durchgesetzt wurden. Vielmehr sollten wir im Anbetracht der demografischen Herausforderungen für ein flexibleres Renteneintrittsalter und bessere Anreize für ein längeres Arbeiten eintreten. Auch die Themen Erbschaftsteuerrecht, Bundesbaugesetz und das große Thema Zuwanderung brannten den Unternehmern auf den Nägeln. Bei der sich anschließenden Diskussion zeigte sich, dass die Wirtschaft ein großes Interesse an Flüchtlingen hat, um die Facharbeiterlücke in den Betrieben zu schließen. Deutlich wurde dabei aber auch, wie wichtig den Unternehmen Rechtssicherheit für ein langfristiges Engagement von Flüchtlingen ist.



Ausbau der B 27: Vor-Ort-Termin in Behla und Blumberg-Zollhaus

Der südliche Schwarzwald-Baar-Kreis wurde Ende Juli von der Finanzierungszusage zweier Bundesstraßenbaumaßnahmen positiv überrascht. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat ein Milliardenpaket für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur vorgestellt und damit unter anderem den Weg für den vierspurigen Ausbau der B27 von Donaueschingen nach Hüfingen sowie die Ortsumfahrung Behla freige-macht, für die insgesamt 32 Mio. EUR aus Berlin

fließen werden. Insgesamt werden 2,7 Milliarden Euro investiert, davon fließen 1,5 Milliarden Euro in Lückenschlüsse bei Autobahnen und Bundesstraßen, 700 Millionen Euro in Neubauprojekte und 500 Millionen Euro in Modernisierungen. Bis zum Jahr 2018 steigen die Mittel für den Erhalt von Bundesfernstraßen von 2,5 Milliarden Euro (2013) auf rund 3,9 Milliarden Euro an. Die Finanzierungszusage aus dem Bundesverkehrsministerium sichert uns zu, alle 2015 planfestgestellten Straßenbauprojekte in Baden-Württemberg, immerhin ein Volumen von 537 Mio. Euro betreffend, in die Bauphase zu bringen. Im Zuge dessen habe ich mir an den entscheidenden Stellen noch einmal ein ganz aktuelles Bild der Lage machen können. Besonders habe ich mich gefreut, dass die Einladung der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg in Blumberg-Zollhaus beim Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Norbert Barthle, bei Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer sowie Bürgermeister Markus Keller auf offene Ohren gestoßen ist. Gemeinsam konnten wir uns noch einmal über den weiteren Ausbau-Weg der B27, mögliche Verzögerungen und generelle Handlungsnotwendigkeiten auf der Baar austauschen. Ähnlich gestaltete sich die Veranstaltung mit Guido Wolf in Behla, an der er unmittelbar nach seiner 12-tägiger Sommertour durch ganz Baden-Württemberg teilnahm. Ich erinnerte jeweils an den jahrelangen Kampf für die nachhaltige Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur entlang der B27, trotz und nicht wegen der grün-roten-Landesregierung. Allerdings trat für mich die Hilflo-sigkeit mit der Zusage der Gelder aus Berlin erst richtig zu Tage. Die momentane Verschleppung des Baubeginns in Behla werde ich keinesfalls tolerieren. Zu diesem Zweck habe ich bereits an Landesverkehrsminister Winfried Hermann geschrieben, um widersprüchliche Aussagen auch aus der SPD-Landtagsfraktion auszuräumen. Eine Antwort habe ich, anders als die Presse, leider noch keine erhalten. Guido Wolf und ich erfuhr aber aus erster Hand, dass bisher weder die erforderlichen Grundstücke für die Ortsum-gehung Behla vom Land gekauft worden seien, noch entsprechende schriftliche Verträge beim Regierungspräsidium vorlägen. Aus meiner Sicht ist dies wieder einmal ein Beleg, dass man zu keiner Zeit die Absicht hatte, diese wichtigen

Projekte anzugehen. Gleichzeitig bin ich aber auch höchst optimistisch, was die weiteren Straßenbauprojekte im Schwarzwald-Baar-Kreis angeht. Nun können wir uns darauf konzentrieren die B523 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu bringen und die bereits enthaltenen Projekte in Randen und Zollhaus zeitnah planfeststellen zu lassen. Denn wie schnell man diesen Status braucht, lehrten uns die aktuellen Geschehnisse.



Gespräch im Schwarzwald-Baar-Klinikum Villingen-Schwenningen

Als Abgeordneter und CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag besuchte ich am 23. Juli 2015 das Schwarzwald-Baar Klinikum. Thema und Anlass des Gesprächs mit Klinik-Geschäftsführer Dr. Matthias Geiser waren die wichtigsten Entwicklungen der Gesundheitspolitik wie die geplante Krankenhausreform und deren Auswirkungen auf das Schwarzwald-Baar-Klinikum. Nach der Einführung durch Dr. Geiser in den Alltagsbetrieb des Schwarzwald-Baar-Klinikums als Haus der Maximalversorgung an zwei Standorten, kritisierte er die aus seiner Sicht „nicht angegangenen, brennenden Punkte“ wie die Betriebskosten- und Investitionskostenfinanzierung. Bei den Betriebskosten werden aus seiner Sicht die tarifbedingt steigenden Lohnkosten nicht berücksichtigt und bei den Investitionsmittelzusagen kommen die Länder ihren Verpflichtungen nicht in vollem Umfang nach. Ein weiteres Manko sei für ihn die Notfallversorgung, da die Kliniken schon heute fehlende ambulante Kapazitäten auffangen müssen. Finanziell wird diese Entwicklung jedoch nicht abgedeckt. Für mich sind diese Argumente allesamt nachvollziehbar. Deshalb sprach ich mich im

Rahmen der Diskussion über die Inhalte des derzeit in der Beratung befindlichen Krankenhausstrukturgesetzes dafür aus, dass medizinisch notwendige Leistungen in allen Bereichen zumindest kostendeckend bezahlt werden. Im Rahmen der Qualitätsoffensive von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe werde ich mich für den Erhalt des Ende 2016 auslaufenden Versorgungszuschlages aussprechen. Und auch im Bereich der Notfallversorgung in den Kliniken sollte aus meiner Sicht finanziell nachjustiert werden. Gerade diesbezüglich sehe ich aber vor allem die Kassenärztlichen Vereinigungen in der Pflicht. Die Patienten wollen so lange wie möglich zu Hause in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben. Deshalb braucht man auch in der Fläche eine ordentliche Hausarztversorgung und keine Überversorgung in den Städten.



Unternehmensbesuch beim Bürodienstleister Streit in Hausach

In Begleitung meiner Kollegin Kordula Kovac besuchte ich den Firmensitz des Bürodienstleisters Streit Service & Solution GmbH & Co. KG mit seinen über 60 Mitarbeitern in Hausach, um mir vor Ort ein Bild von einem Unternehmen zu machen, dessen Produkte und komplexe Dienstleistungen in den Bereichen Büromaterial, Bürotechnik und Büroeinrichtung von einem Großteil der Wirtschaftswelt im Südwesten in Anspruch genommen wird. Das mittelständische, familiengeführte Unternehmen habe ich bereits vor 2 Jahren kennen gelernt. Bei meinem heutigen Besuch war ich von der zwischenzeitlich erfolgten organisatorischen und strukturellen Veränderung des Unternehmens sehr beeindruckt. Der Geschäftsführer und alleinige Gesellschafter Rudolf Bischler skizzierte zunächst die Entwick-

lung und interne Restrukturierung des Unternehmens, das dieses Jahr als einer der 100 besten Arbeitgeber in Deutschland ausgezeichnet worden ist. Beim anschließenden Rundgang fiel mir besonders die unter kommunikations- und kooperationsbildenden Aspekten optimierte Struktur der Arbeitsplätze auf. In diesem Zusammenhang erklärte Rudolf Bischler den Weg von der Konzeption hin zum Arbeitsplatz der Zukunft, der maßgeblich von verschiedenen Think Tanks wissenschaftlich begleitet wurde. Im Ergebnis stehen Einzel- sowie Teamarbeitsplätze sowie strategisch platzierte Sitzecken, die eine für den Mitarbeiter und das Unternehmen nachhaltige und wertschätzende Unternehmenskultur erzeugen. Bei der abschließenden Gesprächsrunde thematisierten Kordula Kovac und ich mit Herrn Bischler die internationalen Krisen rund um Europa und den damit verbundenen Flüchtlingsansturm von nahezu 1 Mio. Asylsuchenden in diesem Jahr, die Finanzkrise in Griechenland sowie die Herausforderungen des ländlichen Raumes, die ich vor allem an einer guten Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur ausmache. Ich stellte klar, dass der Bund alles für den Erhalt und die Unterstützung eines flexiblen Mittelstandes tun wird und dass "think global - act local" in Verbindung mit Tradition, Dynamik und Flexibilität zum Nutzen von Kunden, Mitarbeitern und Gesellschaftern der Schlüssel zum langfristigen wirtschaftlichen Erfolg ist. Ich bin mir sicher, für die anwesenden Gäste war das Plädoyer für den Erhalt unserer mittelständischen Unternehmensstrukturen im Wahlkreis und dem gesamten süddeutschen Raum unmissverständlich.



[Antrittsbesuch bei Bürgermeister Matthias Bauernfeind in Oberwolfach](#)

Den obligatorischen Antrittsbesuch beim neuen Bürgermeister der Gemeinde Oberwolfach absol-

vierte ich gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Kordula Kovac. Ich gratulierte gerne zu einem sehr guten Wahlergebnis bei einer noch besseren Wahlbeteiligung von 80 %. Matthias Bauernfeind skizzierte zu Beginn des informellen Gespräches die aktuelle Lage in Oberwolfach, ließ kurz den vergangenen ersten Monat seiner Amtszeit Revue passieren und kam dann auf die mittel- und langfristigen Herausforderungen im Wofltal zu sprechen. Besonders wichtig bei diesen Gesprächen ist mir der regelmäßige Austausch mit den Entscheidungsträgern vor Ort, um auch in Berlin das Beste für die Region herausholen zu können. Gleichzeitig sehe ich trotz der rückläufigen Gästezahlen in privat betriebenen Pensionen ein gutes Entwicklungspotential für den Tourismus in der Region. Auf die Folgen des demographischen Wandels für die regionale Schullandschaft angesichts rückläufiger Schülerzahlen ging ich ebenfalls ein und verdeutlichte die Bedeutung einer funktionierenden interkommunalen Zusammenarbeit, die sich nicht nur in Fragen der medizinischen Versorgung ganz massiv auf die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes auswirken wird, an verschiedenen Beispielen. Für mich darf der ländliche Raum nicht von der Stadt abgehängt werden, wenn es um Standortfaktoren wie Hebammen- und Ärzteversorgung, aber vor allem auch den flächendeckenden Breitbandausbau mit Glasfaser geht. Hier erinnerte ich an die Initiativen und Programme zur Förderung des ländlichen Raumes in Bund und Land und verwies auf die bis 2018 zur Verfügung stehenden 2,7 Mrd. EUR, die der Bund zweckgebunden für Digitalinfrastruktur zur Verfügung stellt. Auch die Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingswelle auf Oberwolfach wurden in dem Gespräch ausführlich thematisiert. Ich hob dabei hervor, dass bei Flüchtlingszahlen von etwa 1 Million im Jahr 2015 sofort strukturelle Verbesserungen auf allen Ebenen nötig seien. Hier führt aus meiner Sicht kein Weg an dezentralen Kompetenzzentren vorbei, die Entscheidungen nicht nur schnell treffen, sondern auch umgehend umsetzen können, damit wir gemäß unseres im Grundgesetz verankerten Asylrechts denen helfen können, die unsere Hilfe auch uneingeschränkt benötigen. Damit Integration gelingen kann und die Zuströme bewältigt werden können, müssen alle Beteiligten

Hand in Hand zusammenwirken. Insgesamt sehe ich in diesem Bereich noch etliche Stellschrauben und Optimierungspotenziale für die nahe und mittelfristige Zukunft.



Panik vor Wettbewerb und Abkehr von festen Arbeitgeberbeiträgen sind nicht angebracht

Zu den prognostizierten flächendeckenden Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der damit verbundenen Forderung der SPD, die Arbeitgeber wieder paritätisch an den Beiträgen zu beteiligen, habe ich eine Pressemitteilung verfasst. Die Forderung erachte ich als einen Schnellschuss in die falsche Richtung. Nicht nur angesichts eines Polsters von knapp 25 Mrd. EUR ist dies eine Scheindebatte. Vielmehr sollten wir schauen, wo wir sinnvolle Einsparungen oder Synergieeffekte realisieren können. Einen stetigen Erhöhungsmechanismus zu Lasten der Beitragszahler erachte ich als falsch. Die Pressemitteilung können Sie [hier](#) nachlesen.

Zwang und Festhalten an gestrigen Arbeitsmodellen gefährden unsere Wettbewerbsfähigkeit

Anlässlich der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Debatte über die Zukunft der Arbeit und die Warnungen von Opposition und Gewerkschaften vor einer Flexibilisierung der Arbeitszeit habe ich die Arbeitgeberseite unterstützt, dass wir die betriebliche Wirklichkeit an die Digitalisierung und den globalen Wettbewerb an-

passen müssen. Den Vorschlag für die Einführung einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit erachte ich als ein geeignetes Instrument für mehr Flexibilität. Es zeugt von reinem Klientelismus und absoluter Blindheit, wenn ständig über kürzere Wochenarbeitszeiten und frühere Renteneintrittszeiten debattiert wird, während der Rentneranteil in der Bevölkerung von einem Drittel auf zwei Drittel steigt und die Einnahmenbasis sukzessive wegbricht.

Erfahren Sie [hier](#) mehr zu diesem Thema.

Laufen für einen guten Zweck

Am vergangenen Samstag haben meine Frau Katharina und ich neben 1100 weiteren Läufern beim 4. Donaueschinger Stadtlaf mitgemacht. Es war nicht nur ein einmaliges Lauferlebnis auf dem 1,1 km langen Rundkurs durch die Innenstadt. Dank der Sparkasse Schwarzwald-Baar, die für jede gelaufene Runde 1 Euro für die Unterstützung von Mukoviszidose-Betroffenen zur Verfügung stellt, hatte der "Schutzengellauf" einen wirklich guten Zweck. Es war nicht nur schön, alte Bekannte wieder zu treffen. Es war auch ein besonders angenehmes Format einer "Bürgersprechstunde".



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de

Internet: www.thorsten-frei.de

facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU